

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für Industriebeschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 02

Juli 2017

Jahrgang 46

150 Jahre VOITH

Ist alles Gold was glänzt ?

Voith'ianer stehen zusammen

Sie waren es, die 1.125 Beschäftigte, die durch ihren Arbeitsplatzverlust die Hauptlast zur Voithwende trugen und für die „Hochstimmung“ in der Konzerzentrale sorgten. „Wir sehen, dass die Maßnahmen (Betriebsschließungen, Personalabbau) greifen.“ und „Wir werden da wieder richtig Freude haben“. So der Konzerfchef Lienhard im Dezember 2016.

Der Entlassungsschock bleibt

Trotz der umfangreichen, weltweiten 160 Standortfestivitäten zum 150. Voith-Jubiläumsjahr, wird die Schockwelle der Entlassungen und Betriebsschließungen, nicht vollständig abgeebbt sein. Die noch Voith-Beschäftigten werden ständig, mindestens bis 2020 an Rahmenvereinbarungen erinnert, die sie zu unbezahlter Arbeit

zwingt. So bekommt das diesjährige 150. VOITH-Jubiläum, trotz der anstehenden Jubelreden, einen fahlen Beigeschmack.

Tariftreue bei VOITH wiederherstellen

Die mit Betriebsräten und der IG Metall abgeschlossenen Verträge, wurden genau wegen dem angekündigten VOITH-

Konzernumbau vereinbart. Soziale Härten wurden dadurch auf der einen Seite abgefedert und Investitionen zur Standortsicherung zugesagt. „Die Geschäfte feiern mit“. Nach Lienhards Worten ist das „Ziel“ bei Paper, mit einem Plus beim Auftragseingang von 75 Prozent geschafft. Die allgemeine Geschäftsprognose, hinein in 2018/19, weist eine deutlich steigende Profitabilität aus.

VOITH'ianer beteiligen

Die Vereinbarung entbehrt jetzt ihrer Grundlage. Es ist jetzt an der Zeit die Tariftreue wieder herzustellen. Wer die 35 Stundenwoche oder der mehr arbeitet hat Anspruch auf die volle, auch mit tariflichen Zuschlägen bezahlte Arbeit. Der Grundsatz gilt, geleistete Arbeit muss auch voll bezahlt werden.

Nicht nur die Beschäftigten die auf dem Fabrikhof symbolisch die 150 markierten, die gesamte weltweite Belegschaft muss beteiligt sein.

Wir werden da wieder richtig Freude haben“ versprach Lienhard. Die Frage ist: Wer ist „Wir“. Sind damit auch die Beschäftigten gemeint?



150 VOITH - Jahre

Foto: HZpm

Bundestagswahl
am 24.09.2017

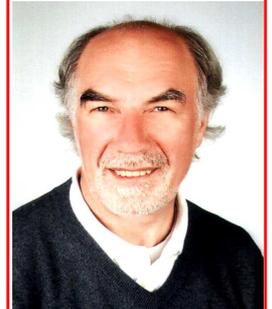
DKP wählen



Wilhelm Benz



Friedhelm Bühner



Reinhard Püschel



Kämpfe um Arbeitszeit sind Klassenkämpfe

Arbeitszeitverkürzung vorbereiten!

Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit neu definieren

Erinnern wir uns an den Arbeitskampf 1985 mit dem Ziel, die Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden die Woche bei vollem Verdienst- und Personalausgleich zu verkürzen. Trotz der Arbeitszeitverkürzung stieg und steigt bis heute die Arbeitsproduktivität kontinuierlich an. Die Gewinne der Unternehmen und Profite der Aktionäre häuften und häufen sich.

Neue Arbeitszeiten

Den Beschäftigten in den Betrieben und Konzernen wurde die Arbeitszeit flexibilisiert. Leiharbeit und Werkverträge spalten die Belegschaften. Mehrarbeitszeiten werden auf Arbeitszeitkonten die die Unternehmen verwalten, dafür un- versteuerte Rücklagen bilden, gehortet. Und bundesweit werden rund 1 Millionen Arbeitsstunden nicht vergütet. Wobei dafür weder von den Beschäftigten selbst, noch von den Unternehmen, Beiträge in die Rentenkassen bezahlt werden.



Vorwärts zur 30 Stundenwoche

Die heute schon zersplitterten Arbeitszeiten wie sie z.B. mit Betriebsvereinbarungen flexibilisiert wurden, werden zum gewerkschaftspolitischen Hemmnis für den Kampf um eine 30 Stundenwoche.

Hoheit zurückgewinnen

Es ist an der Zeit, dass die Gewerkschaft über die Arbeitszeitpolitik zurück- Es ist und bleibt ein gewerkschaftlicher Klassenauftrag, mit ihren Mitgliedern, die Initiative, die gesellschaftlichen Debatten zur Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, in die Hände zu nehmen.



ten die Ho- gewinnen.

Digitalisierung Industrie 4.0

Die Digitalisierung wird ein neuer technologischer Zeitabschnitt. Es wird ein immenser Personalabbau erwartet. Hier braucht es Zukunftsforderungen die der Zersplitterung der Arbeitszeit entgegenwirken. Es ist eine einheitliche gesellschaftsfähige Forderung, zur Vorbereitung für den Kampf um die 30 Stundenwoche notwendig.



Renten per Tarifvertrag

Ein zukünftiger und betrieblicher Kampfauftrag?

Vor allem Geringverdiener und Beschäftigte kleinerer Unternehmen stehen häufig ohne Betriebsrente da. Nur einer unter uns Rentnern muss nicht kämpfen. Martin Winterkorn, der Betriebsrentner und ehem. VW-Boss bekommt ab

Auszug aus dem Beschluss der 20. IG Metall - Frauenkonferenz 2015 für kürzere Arbeitszeiten

Antrags-Nr. 14:

Die Delegierten der 20. Frauenkonferenz der IG Metall fordern den Vorstand der IG Metall auf, eine offene und offensive Diskussion intern und in der Gesellschaft über Arbeitszeitverkürzung in Richtung der 30-Stundenwoche bei maximalem Lohn- und Personalausgleich zu führen und eine entsprechende tarifpolitische Forderung zu formulieren und durchzusetzen...Nicht mehr als 6 Stunden pro Tag bei maximalem Lohnausgleich und ohne Arbeitsverdichtung – das ist gute Arbeit, die zur Gesunderhaltung beiträgt und die Lebensqualität steigert. Die 30-Stundenwoche ist sowohl ein Beitrag zur Gendere-manzipation als auch zur gerechteren Umverteilung von oben nach unten und angesichts der technologischen Entwicklungen dringlicher denn je. Mit kürzeren Arbeitszeiten haben auch mehr Menschen die Möglichkeit, die Gesellschaft demokratisch mitzugestalten. Mit dem technischen Fortschritt muss auch der soziale und demokratische Fortschritt einhergehen. Die Zeit ist reif für eine neue Bewegung für die 30-Stundenwoche



Positionspapier der IG Metall Geschäftsstellen Chemnitz, Leipzig und Zwickau zur Tarifrunde 2018 (GS Potsdam und Oranienburg haben sich angeschlossen)

„...Abgesehen von der bezirklichen Perspektive bleibt Arbeitszeitverkürzung unseres Erachtens nach ein zentraler Beitrag zur Lösung drängender Fragen, den wir in die gesellschaftspolitische Debatte einbringen und in konkreten Modellen verwirklichen müssen: Sie bleibt unbestrittenes Hauptinstrument zur Beschäftigungssicherung in konjunkturellen Krisen, branchenspezifischen und technologischen Umbrüchen (Stichwort Industrie 4.0, Elektromobilität etc.), schafft Ausgleich zu Leistungsverdichtung, bringt realen Zeitgewinn für Familienaufgaben, Bildung, Ehrenamt und ist nicht zuletzt ein Baustein zu mehr Verteilungsgerechtigkeit.“



2017 eine Betriebsrente von seinem Betrieb von über 3.100 Euro pro Tag.

Solche Betriebsrenten kann ein Beschäftigter, selbst wenn er bis an seine statistische Altersgrenze malocht, nicht erreichen.

Frau Arbeitsministerin Nahles (SPD) aber behauptet, ihr sog. „Betriebsrentenstärkungsgesetz“ schaffe gemeinsam

(Fortsetzung auf Seite 3)

(Fortsetzung von Seite 2)

mit den Gewerkschaften und mit Tarifverträge, ein neues „Sozial“-partnermodell, um so den prognostizierten Rentenzerfall abzufangen.

Ein Sozialpartnermodell, in dem Unternehmer und Gewerkschaftsvertreter friedlich wie Schaf und Wolf an einem Tisch sitzen, um partnerschaftlich Betriebsrenten auszuhandeln. Partnerschaft wenn's ums Geld geht? Betriebsrentner sind ja nicht alle Winterkörner. Es bleibt so der betriebliche Kampf ums Teewasser, für eine auf dem Finanzmarkt gedeckte höchst unsichere Kapitalanlage. Aber das hatten wir mit der „Riesterrente“ schon einmal. Wieder wird Gewerkschafts-



politik dazu beitragen, der weiteren Privatisierung der Alterssicherung neue Akzeptanz zu verschaffen, den Kapitalmärkten neue Milliarden zuzuschauen.

Fordert aber die Gewerkschaft einen höheren Betriebsbeitrag für die tarifvertragliche Betriebsrente, wird die Partnerschaft schnell vorbei sein. Oder es wird den Beschäftigten an den Lohntarifkunden versucht in Rechnung zu stellen.

Solche Renten- oder Tarifvertragskonstruktionen zu schaffen, wird für die Zukunft die gewerkschaftliche Kampfbereitschaft nicht stärken bzw. ihr Durchsetzungsvermögen schwächen.

Wurden solche Zusammenhänge von Frau Arbeitsministerin Nahles (SPD) nicht bedacht? Oder doch?



Gesetzlicher Etikettenschwindel per Tarifvertrag

Leiharbeit: Weg damit !

Hand aufs Herz, liebe Voith'ianer*Innen. Sind es bei Euch in den Betrieben am Standort HDH 10, 15, oder mehr als 20 Prozent der Beschäftigten? Ist bei Euch im Betrieb die Leiharbeit einschließlich der sog. „Werkverträge“ ein normales, geduldetes oder gar ein kritisches, ein ablehnendes Beschäftigungsverhältnis von Kolleginnen und Kollegen. Arbeiten Sie neben Euch, mit Euch am „Schraubstock“ oder Schreibtisch am Zeichenbrett im Büro oder gemeinsam in einer Projektgruppe?

Leiharbeit bleibt prekäre Beschäftigung

Ein neues Gesetz regelt die neuen Beschäftigungsverhältnisse eurer „Mitarbeiter*Innen“. Es bleibt eine Einbahnstraße in Richtung prekäre Arbeitsverhältnisse.

Im April 2017 ist es in Kraft getreten. Arbeitsministerin Nahles (SPD) stellte dazu fest: „Ersten sorgen wir dafür, dass gute Arbeit auch fair bezahlt wird. Zweitens schieben wir dem Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen einen Riegel vor. Und drittens erhalten -Arbeitnehmer und Arbeitgeber- die Möglichkeit, die Bedingungen für mehr Flexibilität und Sicherheit auszuhandeln.“ Wer genau hinschaut, stellt den Etikettenschwindel fest.

Verleihdauer gesetzlich 18, per Tarifvertrag maximal 48 Monate

„Leiharbeit kann auch mit neuem Gesetz missbraucht werden“ (SDZ 10.2016). Die politische Verantwortung für das Stillhalten der IG Metall Führung zu dieser Entwicklung, ist wohl ihrer parteipolitischen Nähe zur SPD zuzurechnen.

Günstigkeitsprinzip des Tarifvertrags ausgehebelt.

Das Günstigkeitsprinzip sagt aus, das der Kern eines Gesetzes mit einem Tarifvertrag nur verbessert werden kann. So sind z.B. im Bundesurlaubsgesetz 24 Werktage festgelegt. Im IG Metall-Tarifvertrag aber ist geregelt, dass jeder Metalller 30 Arbeitstage im Jahr Urlaub hat. Ein Tarifvertrag regelt also besser Bedingungen. Er muss für den Beschäftigten Metalller günstiger sein

Grundsatz ist missachtet.

Dieser Grundsatz ist im Leiharbeitergesetz von Frau Ministerin Nahles (SPD) gebrochen worden.

Denn das Gesetz, das zunächst eine Verweildauer von Leiharbeiter*Innen von höchstens 18 Monaten festlegt, kann per Tarifvertrag auf 48 Monate verlängert werden. Ist das nicht ein verantwortungsloser Eingriff der SPD-Ministerin und das noch mit Zustimmung der IG Metall, in

Unternehmen	Umsatz in Mio. Euro	Interne Mitarbeiter/-innen	Zeitarbeitnehmer/-innen
Randstad Deutschland	1.969	2.600	54.400
Adecco Germany	1.649	2.200	38.700
ManpowerGroup Germany	775	1.503	24.210
Persona Service	758	850	19.000
I.K. Hofmann	568	51	16.600
Autovision Zeitarbeit	561	165	10.300
Dekra Arbeit	333	427	9.498
Orizon	265	416	6.801
ZAG-Zeitarbeitsgesellschaft	265	680	10.000
TimePartner Service	260	372	7.300

Quelle: Lünendonk 2016 (Daten für 2015)

Die Größten

die Tarifhoheit?

Die politisch enge Verflechtung der IG Metall-Spitze mit der Spitze der SPD, hat sich so, um eine Mehrheit im Bundeskabinett zu sichern, mit den Interessen der Unternehmen verbrüdet.

Die IG Metall hat sich mit diesem Tarifvertrag einen schlechten Dienst erwiesen. Besser wäre es gewesen sich gegen die Leiharbeit auszusprechen um der Sklavenarbeit einen Riegel vorzuschieben.



**Wichtig ist auf jeden Fall - kein Bündnis mit dem Kapital
Wählt auf jeden Fall am 24.09.2017 die Landesliste der DKP**

Vermischtes Informationen Meldungen

Rommel-Kaserne umbenennen Rommel-Denkmal entfernen

Kurz war der Aufschrei gegen die faschistischen Ideologien und Praktiken in den Kasernen der Bundeswehr. Erschreckend das Unbewusstsein der Politik in Berlin, insbesondere das von Ministerin von der Leyen. Im Traditions-



Rommel (rechts) und sein Führer (links)

bild einer Parlamentsarmee zählen Nazi Praktiken zur Tagesordnung. Ungeheuerlich. In diesem Zusammenhang fordert v.d. Leyen die Namensumbenennung von Kasernen, die nach „Größen“ der Deutschen Wehrmacht benannt sind. „Sie gehören zu einer Zeit, die für uns nicht vorbildgebend sein kann“ meinte sie.

Wird auch die Kaserne in Dornstadt, nach dem in Heiden-

heim geborenen Generalfeldmarschall Erwin Rommel, umbenannt?

Etwas länger war der Schrei in Heidenheim ein Denkmal das von den Panzerkämpfern ihrem

Generalfeldmarschall 1961 gewidmet wurde, abzureisen. Ein Denkmal, das dem „Helden“ Rommel, nicht den Kriegsverbrechen Rommels gewidmet war.

Der Ministerin Frau von der Leyen ist zu wünschen, dass sie es schafft, die Erwin-Rommel-Kaserne in Dornstadt umzubenennen. Die Debatte um den Abriss des Rommel-Denkmal in Heidenheim ist noch nicht beendet.

Rommel war zeitlebens ein williges Werkzeug seines Führers. Er zählte zu den Herrschaftseliten des „Dritten Reichs“ Alle namhafte

Historiker bescheinigen: Rommel war weder ein Kriegsgegner und auch kein Nazigegner oder gar ein Antifaschist. Also: Das Denkmal in Heidenheim, - weg damit.



Das verhüllte Denkmal in Heidenheim



BM Domberg 2016

*Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich
wie eine Wolke den Regen
Jean Jaures*

Wie auch in den vergangenen Jahren findet auch in diesem Jahr, der von der Friedensgruppe Heidenheim initiierte Flaggentag, gemeinsam mit einem Vertreter der Stadtverwaltung Heidenheim statt.

Im Zeitraum vom 7.-10 Juli werden gemäß der Internationalen Friedensaktivitäten im Zusammenhang mit den örtlich gefassten Gemeinderatsbeschlüssen, der weltweiten Solidarität der Bürgermeister für den Frieden (Mayors for Peace) vielerorts ein Flaggentag durchgeführt. Heidenheim ist im Besitz einer solchen Friedensfahne. Gemeinsam, Stadtverwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft solidarisieren sich so mit den weltweiten Bemühungen für Frieden, Völkerverständigung und Humanität. ✨

Clara Zetkin zum 160 Geburtstag

geb.: 05.07.1857 verst.: 20.06.1933



**„Dort kämpfen wo das Leben ist“
„Wie die Sonne scheinen,
wie der Fluss fließen und der Vogel singen
muss, so habe ich
kämpfen müssen“**

Clara Zetkin war wohl neben Rosa Luxemburg mit der sie ab 1899 eng befreundet war, eine der bedeutendsten Frauenrechtlerinnen der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung. Eine Agitatorin für die Gleichberechtigung der Frauen und so auch im Kampf für das Frauenwahlrecht.

Sie gründete und leitete die Redaktion der sozialdemokratischen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ bis zu ihrer Kündigung von der SPD 1917. Sie wurde 1917 Mitglied in der USPD. Mit der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg trat sie aus der USPD aus. Sie wurde 1920 Mitglied der erstmals konstituierten KPD und in den Parteivorstand gewählt. ✨

Spende!

Wir benötigen Deine/Ihre Unterstützung
Unsere Arbeit, vor allem unsere gedruckten
Veröffentlichungen kosten Geld!
Auch kleine Beträge sind herzlich willkommen!

DKP Heidenheim

IBAN: DE03 6325 0030 0000 4139 03

BIC: SOLADES1HDH

Kreissparkasse Heidenheim

Bitte schickt mir kostenlos und unverbindlich

- Informationen über die DKP
- Probeausgaben der UZ -Die Zeitung der DKP-
- Einen Aufnahmeantrag als Mitglied der DKP

Name, Vorname:	_____
Straße:	_____
PLZ, Ort:	_____
eMail:	_____
Telefon:	_____

Bitte einsenden an: Wilhelm Benz, Schumannstr. 3, 89518 Heidenheim